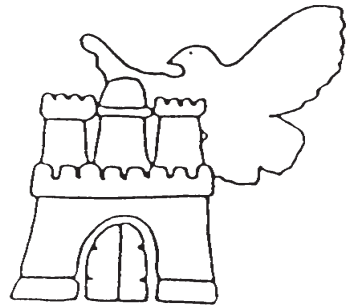


Hamburger Forum

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Antikriegstag 2007 Friedensdemonstration

Bundeswehr raus aus Afghanistan – spart endlich an der Rüstung!



Samstag, 1. September 13.00 Uhr Bahnhof Sternschanze

Ziel: Methfesselfest (Else-Rauch-Platz, U-Bhf. Lutterothstr.)
ca. 15.00 Uhr Podiumsdiskussion zu friedenspolitischen Themen

www.Hamburger-Forum.org

Aufruf Antikriegstag 2007: Bundeswehr raus aus Afghanistan – Spart endlich an der Rüstung!

1939 – Deutschland entfesselt den II. Weltkrieg

Am 1. September 1939 überfiel die faschistische deutsche Wehrmacht Polen und entfesselte damit den II. Weltkrieg mit 60 Millionen Toten. Die Welt versank in einem Meer von Blut, Leid und Zerstörung. Gleichzeitig litten und starben Millionen Menschen in Konzentrations- und Arbeitslagern unter dem faschistischen Joch. „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ lautete die Schlussfolgerung der Mehrheit der Deutschen nach dem Kriegsende 1945. Doch schon wenige Jahre später entwickelte die Regierung Adenauer neue Aufrüstungspläne. Ehemalige Nazigeneräle bauten die Bundeswehr auf, und die Industrie begann wieder mit der Rüstungsproduktion. In Massendemonstrationen manifestierte sich der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Seit 1957 demonstriert die Friedensbewegung jedes Jahr am 1. September – dem Antikriegstag – gegen Aufrüstung und Krieg.

2007 – Deutschland weltweit im Krieg um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte

Die Bundeswehr hat am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien teilgenommen und steht heute in 11 Ländern, darunter Bosnien, Kosovo, am Horn von Afrika und vor dem Libanon. In Afghanistan kämpfen deutsche Soldaten an vorderster Kriegsfront mit. Angeblich dienen die Auslandseinsätze humanitären Zielen oder „unserer“ Sicherheit. Ist das wirklich so? Offizielle Papiere sprechen davon, dass der „ungehinderte Warentransport“ und die „Rohstoffzufuhr“ auch militärisch gesichert werden sollen.

Aufrüstung für die weltweite Interventions- und Angriffsfähigkeit

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee aufgerüstet. Nur ein Beispiel: Hier in Hamburg werden bei der Thyssen-Krupp-Werft Blohm +

Voss Korvetten für die Deutsche Marine gebaut. Sie werden den neuen „Eingreifkräften“ der Bundeswehr unterstellt. Zur Bekämpfung von Landzielen erhält jede Korvette vier Marschflugkörper, mit denen sich aus mehr als 200 km Entfernung Ziele an Land zerstören lassen. Dies hat mit der im Art. 87a Grundgesetz festgeschriebenen Landesverteidigung nichts zu tun. Es ist Kanonenbootpolitik. Allein der Bau der fünf Korvetten verschlingt 1,5 Milliarden Euro.



Abrüstung statt Sozialabbau – Spart endlich an der Rüstung!

Laut Kabinettsbeschluss soll der Verteidigungshaushalt 2008 um 918 Mio. auf 29,3 Mrd. Euro steigen. Allein für neue Waffen und Ausrüstungen sollen die Ausgaben bis 2011 um 30% steigen und dafür 30,5 Mrd. Euro ausgegeben werden. „Auf drei Kontinenten stehen derzeit ca. 7.500 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz“ (offizielle Web-Seite der Bundeswehr). Das kostet jährlich eine Milliarde Euro. Dieses Geld fehlt in unseren Rentenkassen, im Gesundheitssystem, bei der Bildung, bei der Kultur und im Sozialbereich. Verstärkte Werbemaßnahmen der Bundeswehr haben aufgrund zunehmender sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit bei immer mehr jungen Menschen Erfolg, insbesondere bei der Verpflichtung zu Auslandseinsätzen. Aber immer mehr Soldaten werden in Zinksärgen nach Hause geflogen oder kehren traumatisiert aus diesen Einsätzen zurück.

Kein Einsatz im Innern

Nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen die legitimen Proteste

beim G 8- Gipfel in Heiligendamm gehen die Pläne radikal weiter. Die strikte Trennung von Polizei und Armee – eine der historischen Errungenschaften aus den Lehren der deutschen Geschichte – soll grundgesetzwidrig als „von gestern“ (so Kanzlerin Merkel) aufgehoben werden. Die Bedrohung durch einen nicht näher definierten Terrorismus wird, ebenso wie bei der Online-Überwachung, als Begründung herangezogen. Tatsächlich aber richten sich diese Pläne direkt gegen unsere demokratischen Grundrechte.

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Ein zynisches Argument der Bundesregierung für den Kriegseinsatz in Afghanistan ist der angebliche humanitäre Charakter und die These, dass man die Afghanen nicht sich selbst, den Taliban und Warlords, überlassen dürfe. Generell gibt es keine schlechteren Bedingungen für den Aufbau von Zivilgesellschaft und Demokratie als das tägliche Bombardieren unschuldiger Zivilisten durch sogenannte Befreier. Allein seit Anfang letzten Jahres sollen in Afghanistan mindestens 7100 Zivilisten getötet worden sein. Seit deutsche Tornados mit den Aufklärungsflügen begonnen haben, hat die Zahl der Bombardierungen und der zivilen Opfer zugenommen. Die Lage der Frauen und Mädchen hat sich nicht verbessert! Inhuman ist es auch, Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen. Sie haben keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben in dem zerstörten Land. Während die Bundeswehr am Hindukusch Jahr für Jahr 450 Mio. Euro an Haushaltsmitteln verschlingt, wurden für den zivilen Aufbau bislang nur 80 Mio. Euro ausgegeben. Die Lage eskaliert weiter, auch unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr.

Deshalb kann es nur eine Lösung im Sinne der afghanischen Bevölkerung geben: den Abzug der Truppen.

Die Forderung der Friedensbewegung lautet: Ende aller deutschen Auslandseinsätze, angefangen mit Afghanistan.

Kein Mandat für den Krieg in Afghanistan!

Ich appelliere an die Abgeordneten des Bundestages:

Sagen Sie NEIN zur Verlängerung des Mandats der Bundeswehr für den Krieg in Afghanistan. Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot von Angriffskriegen im Grundgesetz!

Vorname Name	Straße - PLZ - Wohnort	Unterschrift

Diese Unterschriftenaktion der deutschen Friedensbewegung wird unterstützt vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. **Unterschriftenlisten bitte bis zum 10. September 2007 senden an:** Lühr Henken, Meuronstig 3 a - 22303 Hamburg - Fax: 227 78 67

Das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu den Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter: www.hamburger-forum.org

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze!

„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sollen die Einfluß-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomi-

scher und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf. An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten.

Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die kriegführenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

Auftakt 12 Uhr, Rotes Rathaus

**Busfahrt Hamburg – Berlin – Hamburg, 15.9. Abfahrt: 8.00 Uhr, Moorweide,
Fahrpreise: 20 / 10 Euro ermäßigt (Ankunft HH ca. 21 Uhr)
Karten: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, II. St., Tel. 43 18 88 20 (Mo – Fr. 9-18 Uhr)**